Muster-Pressemeldung nach Vorbild FDP Fraktion Frankfurt a. Main

Stefan von Wangenheim: Kita-Streik - Gebühren an Eltern erstatten und Verträge ändern

Frankfurt/Main 26.05.2015 – „Durch den unbefristeten Streik an zahlreichen Frankfurter Kindertagesstätten müssen viele Eltern flexibler in der Gestaltung der Kinderbetreuung sein. Insbesondere berufstätige, alleinerziehende Elternteile stehen vor einer erheblichen Herausforderung. Zwar werden während der Streiktage Plätze im Rahmen eines Notdienstes zur Verfügung gestellt, allerdings wird nur ein Teil der Eltern einen Betreuungsplatz erhalten“, erklärt Stefan von Wangenheim, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Römerfraktion.

„Aus diesem Grund fordern wir Freien Demokraten den Magistrat auf, trotz der Vereinbarungen in den bestehenden Betreuungsverträgen zwischen Eltern und Kita, denjenigen Eltern, deren Kinder aufgrund des unbefristeten Streiks der Erzieherinnen und Erzieher nicht in den Kindertagesstätten betreut werden können, die Betreuungsgebühren für die Tage, an denen eine Betreuung streikbedingt nicht möglich ist, aus Fairnessgründen auf freiwilliger Basis zu erstatten.

Eine vorübergehende streikbedingte nicht erfolgte Betreuung kommt für betroffene Eltern einer vorübergehenden Schließung der Tageseinrichtung gleich. Hinzukommt, dass die Eltern auch bei vorübergehender Schließung der Tageseinrichtung dazu verpflichtet sind, die Gebühren und das Verpflegungsentgelt zu zahlen“, so von Wangenheim und erklärt weiter: „Auch wenn die Stadt Frankfurt von Erstattungen der Gebühren bisher abgesehen hat, sollte sie dennoch den betroffenen Eltern als Kompensation für die Unannehmlichkeiten, entsprechend die Gebühren erstatten. Immerhin kommt der Stadt Frankfurt der Kita-Streik finanziell zugute, da die Gehälter der Erzieher in der Zeit nicht gezahlt werden, sondern aus der Streikkasse der Gewerkschaft fließen“.

Ferner fordern die Freien Demokraten den Magistrat dazu auf, diese Regelung auch für zukünftige Streiks zu übernehmen. Hierzu müsste der Betreuungsvertrag zwischen Eltern und der Stadt Frankfurt entsprechend geändert werden. Zusätzlich sei es notwendig, dass dieser Beschluss seine Gültigkeit auch für weitere Streiktage im Zuge der aktuellen Tarifauseinandersetzung, die möglicherweise erst nach Beendigung des aktuell angesetzten unbefristeten Streiks stattfinden werden, behält. Diese Regelung soll auch für zukünftige Streiks praktiziert werden. „Selbstverständlich ist es das gute Recht der betroffenen Erzieherinnen und Erzieher, für ihre Belange zu streiken. Da dieser Streik jedoch unbefristet ist und zahlreiche Familien in Betreuungsnot geraten, sehen wir Freien Demokraten es als angemessen an, wenn die Stadt Frankfurt den betroffenen Eltern ihre Gebühren zurückerstattet“, so von Wangenheim.